

Deutsche Arbeiterzeitung

Berlin, 5. Juli 1930  
Sonntags Morgen

Chefredaktion: Dr. Fritz Klein, Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50, Fernsprecher: Dönhofs  
8307-8343, Telegramm-Adresse: Nordzeit, Postschek-Konto:  
Berlin Nr. 10794, Bank-Enno-Norddeutscher National-  
bank, Depostenkasse: Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46



Die „DAZ“ erscheint wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis monatlich  
4,30 RM d. eig. Boten. Durch Post 4,35 RM monatlich, einsech 0,60 RM.  
Postzeitungsabg. hierzu Bestelldgld. Anzeigenpreis 0,40 RM.  
Fam. Anz. u. Stellung 0,25 RM die 27 mm bei Millim-Zeile. Bei un-  
verschuld. Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang  
Nr. 307  
10. Pfennig

Unsere Meinung

Die gestern in Berlin — statt, wie ursprünglich  
beabsichtigt, in Mainz — abgehaltene Sitzung des  
Zentralvorstandes der Deutschen Arbeiter-  
partei, der eine Tagung des Reichsanstaltigen Vor-  
standes, hat nach lebhafter Aussprache im Hinblick  
auf einen gesamtpolitischen Überblick des Partei-  
führers mit einigen Resolutionen abgeschlossen. Die  
von mancher Seite erwartete „Zersplitterung“ ist er-  
wartungsgemäß ausgeblieben, und die Beschlüsse fallen  
im Rahmen einer wohlwollenden Neutralität  
gegenüber dem Programm der Regierung Brünning.  
Das Hauptergebnis der Zentralvorstandssitzung  
schien uns in dieser Fassung zu liegen, daß ohne  
grundrissliche Abänderung der im außerordent-  
lich berechtigten programmatischen Wünsche nach  
Wirtschaftsleitung durch Entzerrung der Pro-  
duktion, nach Preisabsatz und möglicher  
Ausgleichsmaßnahmen in allen Zonen, nach den  
Ländern und Gemeinden, den Parteiführern im Reichs-  
rat der Weg zur politischen Mitarbeit offengehalten  
werden soll, ein Weg, den ohne Zweifel auch die Mehrheit  
der deutschen Nationen im Reichsrat anerkennen wird.  
Neben der bevorstehenden Entscheidung über  
politische Lage wurde ein Beschlufs angenommen,  
der die Gelegenheit für die Reichsreform be-  
schleunigen soll, und ein anderer — wohl mehr  
überhaupt abendlichen Charakters — abgesehen  
vom Wunsch, daß die Zersplitterung in unserm  
Parteienbunde bekämpft werden möge. Wenn man  
freilich in der Rede des Parteiführers sieht, seine in  
Mainz im allgemeinen und im Reichsrat im  
besonderen Gebiet für die Schuld der Demotoren  
und der Volkstrennung verantwortlich, so erhebt sich  
einige Skepsis. Denn daß die vertriebene Einheits-  
partei von Völkern bis zu Tieren (was in  
schlechten Worten, brauchte man noch unter Beweis  
gestellt zu werden. Wir begrüßen den sachlichen Opti-  
mismus, der trotz des Rückschlages der Sachverhalte  
in den Verhandlungen zum Ausdruck kam, und dem  
empfinden es als einen schönen Akt der überpartei-  
lichen Pflicht, daß der verbitterten Parteiführer Dr.  
Treiermann in dieser ersten Zentralvorstandssitzung  
nach der Rheinlanddrängung erwidert habe  
wäre. Das Zeichen seines Mangels in dem Aufsatze  
des Reichspräsidenten und der Reichsregierung hätte  
allerdings, wenn man sich den abweichenden Er-  
wägungen der amtl. Stellen verhielt, am besten vor  
der Verabschiedung des Beschlusses durch diejenige  
Mittel verhindert werden müßte, die einer derartigen  
Regierungsaktion ohne Zweifel zu Gebote ließen.

Wir haben berichtet, daß am Tage der Rheinland-  
drängung Reichspräsident v. Hindenburg an der  
Reichsversammlung, und zwar dort, wo die heutigen  
Deutschen, Polen und Danziger sich befinden,  
geweselt hat. Dazu schreibt jetzt das polnische  
Regierungsblatt „Prace“: „Die jüdische und  
jüdisch-polnische und jüdisch-polnische Reichs-  
versammlung hat als ganze Bande von gehaltenen Reden  
und erfordert keinerlei Kommentare.“ Diese Ver-  
wundung über die Art und Weise der Reichspräsidenten-  
rede ist mit folgender Überschrift: „Der  
provisorische Reichspräsident v. Hindenburg  
über den polnischen Reichspräsidenten.“  
Hindenburg mußte am Tage der Rheinlanddrängung  
das nationale Lager an der polnischen Grenze.“  
Nicht für die polnischen Rede nicht zu bemerken,  
abgesehen von der Tatsache, daß die Polen, die  
Polenregierung der anfänglichen Presse, zwar fremde  
Minister, aber nicht fremde Staatsoberhäupter in den  
polnischen Kampf einzuwickeln. Doch das nur neben-  
bei. Die für uns und gewiss auch für viele andere  
höchst erschütternde und erschreckende Szene an der  
Reichspräsidenten fassen die Polen also darin, daß  
der Reichspräsident eine provokatorische Kundgebung  
abgehalten hat. Sie verhandeln natürlich, die  
Hindenburg Reichspräsidenten sind, und das ist  
gerade das Sub, auf dem er sich aufstellt, sein Stammsitz  
darstellt. Nicht Herr v. Hindenburg, nicht das  
deutsche Volk kann dafür verantwortlich gemacht  
werden, daß durch Mund und Gestalt in der Nähe dieses  
Staatsmannes mitten durch deutsches Land plötzlich  
eine Grenze gezogen worden ist, die dem Selbstbehauptungs-  
recht der Völker schon spricht. Die Polen sollten  
sich lieber Normaden, daß vor Deutschen im Gegenteil  
gerade im Osten für eine ungewisse Schuld bewachen.  
Es ist nicht z. B. auch ein unerträglicher Gedanke,  
daß der Präsident des Deutschen Reiches, wenn er  
den Reichspräsidenten durch deutsches Land nach dem  
deutschen Reichspräsidenten führen will, genötigt ist,  
einen plötzlichen Halt zu setzen. Und daß er,  
wenn er etwa in Uniform fahren wollte, vielleicht für  
seinen — gegen sein Willkürherrschaft im Zuge in  
Verhandlung geben müßte, wie das die Reichspräsidenten-  
ansprachen tun müßten? Glauben die Polen, daß ein  
Volk, das ihnen an Nationalität nicht nachsteht, sich  
mit solchen Zuständen auf die Dauer abfinden kann?  
Nein — es ist wahrhaftig schon eine beispiellose  
Leistung an friedlicher Geduld, daß wir uns zwölf  
Jahre damit abgefunden haben ...

Aus Gründen, die das Staatsleben der Inter-  
amerikanischen Republik immer wieder erschüttert  
haben, ist jetzt die Situation von einer Weltver-  
schiebung zwischen zwei ethnischen Führern und ihrem Partei-  
gefolge hat das zwischen eis- und eisbedeckten Berg-  
gipfeln und dunklen tropischen Urwald liegende Land  
eine Wende lang in Anwesenheit und Unterwerfung  
gebracht hat — auch wenn man die jenseitigen Ver-  
bindungen mit Vorsicht aufnimmt — zahlreiche Todes-  
opfer gefordert und dem Kredit des Staates vollständig  
wie wirtschaftlich empfindlich geschadet. Zur Deutlich-  
keit ist die neue Revolution in ihren Vorstufen  
als der Organisations des bolivianischen Volkes,  
General Sandoz, der, nach dem Befehle zurück-  
gekehrt, die bolivianische Staatsangehörigkeit er-  
worben und als Generalissimo die Führung der  
Armee übernommen hatte, zweifellos ohne kein Ver-

Parteiüberhandlungen  
über das Deckungsprogramm

Zürberbesprechung beim Kanzler — Die ersten Kompromißvorschläge

Die Besprechung der Reichsregierung mit den  
Führern der hinter der Regierung stehenden Parteien  
findet heute abend im Reichstag statt. Sie dauert fast  
drei Stunden. Es nahmen fast alle Mitglieder des  
Kabinetts daran teil.

Über das Ergebnis wird ausführlich mitgeteilt: In  
der Besprechung, die der ersten Fühlungnahme der Re-  
gierung mit den Parteien diente, nahmen der Reichs-  
kanzler, der Reichsfinanzminister und der  
Reichsarbeitsminister teil. In längerer  
Aussprache den Standpunkt der Regierung darzulegen  
und die Beschlüsse im einzelnen zu erläutern und zu be-  
gründen. Die Parteiführer legten ihrerseits darauf  
die Auffassungen ihrer Parteien dar. Die Be-  
sprechungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Von anderer Stelle wird festgestellt, daß keine der  
bestimmten Parteien die Regierungsvorlage als solche  
abgelehnt hat.

Wie wir ergänzend erfahren, hat sich die Debatte vor-  
wiegend um die Einwirkung der Arbeitslosenversicherung  
um das Hauptobjekt gehandelt. Hier nahm Reichsarbeits-  
minister Dr. Siegelmann mehrfach bekundete Stellung.  
Der vorkapitelliche Führer Dr. Scholl hat sich durchaus  
im Sinne der Verhandlungsbereitschaft ge-  
äußert. Er hat insbesondere den früher geäußerten Win-  
schen im Hinblick auf weitere Arbeitslosenversicherung  
und die Einführung einer Kopfsteuer verstanden,  
ferner die Befestigung des § 163 aus der Arbeits-  
losenversicherung, der Parteiführer des Reiches  
entfällt.

Die Arbeit der Reichsregierung der Verhandlungen, die für  
Morgen im Reichstag stattfinden, wird sich betreffen  
lassen, wie eine Mehrheit geäußert werden  
kann. Die hinter der Regierung stehenden Parteien allein  
reichten dem Reichstag nicht aus. Obendrein ist mit  
den Parteien zu rechnen, daß einzelne Gruppen, die bei den  
Zustimmungen im April die Regierung unterstützt haben,  
diesmal fernbleiben, beispielsweise die Bauern der  
Rechten, vielleicht auch ein Teil der Christlich-Nationalen  
Bauern.

Die weiteren Möglichkeiten, falls eine parlamen-  
tarische Mehrheit nicht zustande kommen sollte, wurden in  
der letzten Besprechung nur gestreift.

Die Arbeit der Regierung, unbedingt weiterzu-  
arbeiten, also auch beim Arbeitslosenversicherung über  
den Reichstag hinaus und die von ihr für notwendig  
gehaltenen Maßnahmen auf dem Wege des Artikels 48 in  
Kraft zu setzen, ist bekräftigt.

Dieser Weg eröffnet, selbst wenn man das ganze jetzt  
vorliegende Deckungsprogramm über, wenigstens den  
ersten Teil auf parlamentarischen Wege durchführt, für  
die weiteren Organisations- und Verwaltungsreformen  
des Kabinetts Möglichkeiten, die von unterrichteter Seite  
sehr ausführlich beurteilt werden. Auf  
jeden Fall sollen die parlamentarischen Möglichkeiten aus-  
geschöpft werden, und diesem Zweck sollen die weiteren  
Besprechungen dienen.

Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß aus den  
Streifen der hinter der Regierung stehenden  
Parteien, um der Deutschen Volkspartei entgegenzukommen,  
ein Arbeitslosenversicherung als gemeinsamer  
Weg nicht eine materielle Abänderung des jetzigen  
Deckungsprogramms, wohl aber eine Festlegung hin-  
sichtlich der weiteren Entwicklung besprochen  
würde. Es ist daran gedacht, die von der Volkspartei  
gewünschte Kopfsteuer zwar nicht sofort, sondern im  
Verlauf einzuführen.

Sowohl die Bürgergabe wie die Führung der  
Rechtsverhältnisse an Länder und Gemeinden ist nach  
Möglichkeit unter der Regierung nicht durchführbar,  
und beide Maßnahmen sind nicht zu trennen von der  
grundrissigen Neuordnung der gesamten  
finanziellen Verhältnisse zwischen Reich,  
Ländern und Gemeinden. Diese Neuordnung soll,  
wenn es sich um die Zentren der rivalisierenden Völkern  
hingegenüber werden. — Geht man den sich wieder-  
holenden Meldungen aus Santiago, Buenos Aires  
und New York auf den Grund, so gewinnt man  
folgendes Bild über den Ablauf der Revolution: Nach  
der Revolution von 1920 wurde Dr. Vautista Saavedra  
zum Präsidenten gewählt. Da er nach der Be-  
endigung ein zweitesmal das gleiche Amt nicht über-  
nehmen durfte, wählte er die Wahl seines Partei-  
genossen Dr. Villanueva durch; aber die Wahlen  
fielen nicht nach seinem Geschmack aus. Es gelang  
ihm, sie für ungültig zu erklären und den aus der  
Verordnung zurückgegangenen Parteiführer Dr. Siles  
provisorisch mit der Führung des Landes betrauen zu  
lassen. Zum Vizepräsidenten wurde Albon Saavedra,  
ein Bruder Vautistas, gewählt. 1930 sollte das Land  
erneut über die Präsidentschaft entscheiden. Aber  
Sandoz hat die Revolution ohne den Willen  
gemacht. Dr. Siles fand Gestalt an der Macht. Zum  
Mal 1926 warf er sich zwar nicht gerade zum Diktator  
auf, sie aber — gefügt auf das Herz — so viel  
Punkte der Verfassung, die gewisse liberale Grund-  
rechte sichern, außer Kraft und verbannte schließlich  
so viel ihn ungewisse Verhältnisse, daß er sich  
sehr bald seine alten Freunde um Vautista Saavedra  
zu Feinden machte. 1929 wurde seine Wollt nach  
Sandoz und er übernahm. Eine Regierung  
schickte, in diesem Jahre die Präsidentschaften  
vornehmen zu lassen, gab den Gegnern den plausi-  
blen Anlaß, loszulassen. In seinem Vertrauen auf  
die Arme mußte sich Dr. Siles gefügt haben. Es  
zeigte sich, daß nur die Garnison in La Paz und

Ländern und Gemeinden. Diese Neuordnung soll,  
wie auch Reichsfinanzminister Dietrich schon ankündigte,  
im Schritt durchgeführt oder mindestens in Angriff ge-  
nommen werden. Würde es sich bei den jetzigen Bedin-  
gungen nur um einen für bestimmte Ubergangs-  
zustand handeln, so würden sich, wie man glaubt, auch  
großere Teile der Deutschen Volkspartei zur Verfügung  
stellen lassen.

Nach bei der Reichspräsidenten bestimmte Anbe-  
rungen möglich, beispielsweise bei den Verordnungs-  
gebern für Länder und Städte.

Im Reichspräsidenten Zeit wird ein  
anderes Projekt angedacht, nämlich die Ausdehnung  
der Umfassung auf die Einjahr aus-  
ländischer Waren nach Deutschland. Ein  
solcher Import würde nicht von der Umfassung  
betroffen. Auch diese Maßregel würde aber erst im  
Jahre der weiteren Finanzreform, nicht schon jetzt durchgeführt

Holländische Kritik an Briand's Baneuropa

Die Antwort der Niederländischen Regierung in Paris veröffentlicht

is, Paris, 4. 7. (Eigenbericht)  
Die Antwort der Niederlande auf Briand's  
Memorandum wird heute veröffentlicht. Sie will  
nur Beziehungen über den Negativismus anstellen, hält  
sich aber nicht zurück. Diese Beziehungen bewegen  
sich insofern weit mehr in den negativen als in positiver  
Richtung.

Zunächst erklärt die Niederländische Regierung, daß  
die Europäische Union nicht glücken kann, wenn nicht die  
Staaten ein Souveränitätsrecht zu verzichten  
bereit sind, im Gegensatz zu der französischen Auffassung,  
die gerade eine Einschränkung der Souveränitätsrechte  
anzustreben will, was allerdings praktisch unmöglich wäre  
und vielleicht nur literarische Phrasen ist.

Wichtig ist deshalb der nächste Punkt, der mit Nach-  
druck den Völkerbundgegnern im Gedächtnis  
zu den Europäischen Gedanken unterstellt. Man dürfte  
nicht verwechseln, daß der Völkerbund in  
Gegensatz zu anderen Kontinenten bringen  
könne, und daß dann nicht werden als gewonnen sei.  
In diesem Punkt sieht die Niederlande schon als Sola-  
nialität neben allen prinzipiellen Bedenken inter-  
essiert.

Im Zusammenhang steht die unbedingte Zustimmung  
zu der französischen Auffassung, daß der Völkerbund  
Politik in Europa nicht begleitet sein dürfte von  
gleichzeitigen Jückerbeziehungen gegenüber außer-europäischen  
Gegensätzen. Würde so etwas geplant, so wäre auf  
Beitritt der niederländischen Regierung nicht zu rechnen.  
Sicher erklärt sie, man müßte sich noch mehr interessieren,  
als das bisher geschehen sei, mit der Frage befaßt, ob es  
gemeinsame europäische Aufgaben, nämlich Zie-  
rungen des Friedens, Abklärung und Handels-  
politik, die gleichzeitig von großer Bedeutung für  
die gesamte Welt seien, oder ob unter diesen Voraus-  
setzungen von ganz besonderer europäischer Bedeutung sei.

Diese Fragen müßten vor Schaffung irgendwelcher  
Organe sorgfältig geprüft werden. Sehr wichtig ist,  
daß eine Europäische Union prinzipiell für die Niederlande  
nur dann in Betracht komme, wenn sie alle euro-  
päischen Staaten umfasse. Das heißt also, nicht nur  
England, sondern, wie man annehmen muß, auch Rus-  
land. Insofern wird der Name seiner Macht genannt  
und insofern hat sich in diesem bedeutsamen Punkt die  
niederländische Regierung ihre Stellung offen. Nach  
kritischer Schrift ist der Unterordnung der wirt-

auch diese nicht bis zuletzt hinter ihm und dem Chef  
Generalissimo stand. So gelang der im Auftrag  
Saavedras begonnene Kampf des Generalisimo  
überwiegend schnell. Die Regierung Siles wurde  
geführt. Der Präsident flüchtete nach Peru. — Man  
darf sich aber nicht täuschen lassen, daß die europäi-  
schen Möglichkeiten fehlen. Das „Volk“ nimmt an  
ihnen sehr wenig Anteil. Das trifft ganz besonders  
für Bolivien zu, wo achtzig Prozent der Bevölkerung  
aus den Arabern und Völkern unbedingten Indi-  
anen besteht. Das „Volk“ sieht alle wie neue  
Sorgen kommen und gehen, ohne nach ihren  
politischen Zielen und Wünschen viel zu  
fragen. Es lebt sein mühsames Tagewerk  
und rebelliert höchstens, wenn die Hand- und Spann-  
dienste, die es nach immer feiner muß, allzu drücken  
werden. Revolution in Bolivien, das ist die  
Angelegenheit eines kleinen Mittelstades von Politikern,  
deren Macht aber nicht unbegrenzt ist. Denn  
heimlicher Herr sind die Vereinigten Staaten, die 1927  
durch die Kommerz-Kommission des Finanzwesens  
geordnet haben und mit deren Unterstützung mehrere  
Jahre vorher eine amerikanische Großbank die not-  
wendigen Anleihen gab. Die Ordnung der Staats-  
sachen mußte jedoch mit der dauernden Kontrolle durch  
amerikanische Agenten feuer befehligt werden. Und  
die Antizipation wiederum muß aus dem Gewinn  
zu begleiten, den fast ausschließlich der Zinnerport  
abwirft. Dieser Gewinn wurde aber mit dem Sturz  
der Zinnerpreise immer geringer und die finanzielle  
Belastung von Monat zu Monat höher. Und  
darüber ist die Regierung Siles wohl gefügt.

werden können, wo es sich um die Zersplitterung des  
Staats handelt, der nun endlich beabsichtigt werden soll.

Zur Beurteilung der Lage bei den Deutlichungen  
ist es wesentlich, daß der ursprünglich weitergehende  
Wunsch des Reichspräsidenten Saavedra, wenn die  
Parteien sich nicht nur gegen die jetzigen Bedin-  
gungen insgeheim, sondern auch schon gegen die in Ver-  
bindung mit der Schilfe angehängte Finanzreform für  
den Schritt auszusprechen sollte, auf die entscheidende  
Widerstand stand, daß ein entsprechende Antrag  
zurückgelehrt werden mußte.

Der schließlich angenommene Antrag, der lediglich die  
jetzt vorliegenden Zurechtlegung (also nur einen Teil des  
Deckungsprogramms) in der bisherigen Form für un-  
annehmbar hält, bedeutet ein Kompromiß, dem die  
Saavedra-Gruppe nur unter der Bedingung zustimmte,  
daß dieser Beschlufs veröffentlicht werden müßte.  
Der Beschlufs, die Zurechtlegung der Parteien zu ver-  
öffentlichen, kam mit 29 gegen 21 Stimmen zustande; acht  
Mitglieder des Reichs-Rates fehlten, so daß nach an-  
fänglicher Schwächung des linken Flügels das Ge-  
schicksel jetzt wieder befestigt sein dürfte.

Es ist inzwischen bekanntgeworden, daß von den er-  
wähnten 21 Mitgliedern 15 schon jetzt entschlossen  
sind, das Deckungsprogramm — ungeachtet der  
einmütig festgelegten Stellungnahme der Nation — zu  
unterstützen.

schafflichen Probleme unter die politischen  
gegenüber.

Unter Organisation Europas scheint die französische  
Politik die allgemeine Annahme der Schwedensgerichte  
bietet für alle Zersplitterung, eine System von Organ-  
toren (des Zentralismus) und der Zentralismus  
Verträge (des Völkerbundes, Balkan-Verträge usw.) und  
deren Zusammenfassung zu einem System zu verstehen.

Zu Gunzen, kann man sagen, erklärt die nieder-  
ländische Regierung ihr hohes Interesse und ihre Bereit-  
willigkeit zur Mitarbeit. Am einzelnen überwiegen die  
Bedenken und Zweifel.

Der „Zemps“ stellt in einem zunächst kurzen  
Monat als Hauptpunkt fest, daß die Niederlande  
gegen die Unterordnung der politischen Gesichtspunkte über  
die wirtschaftlichen seien und erklärt das aus dem Willen  
der Niederlande als eines Nationalstaates. Dem „Zemps“  
scheint der Zweifel der Niederlande daran, ob das  
Zersplitterungsproblem in europäischen Rahmen leichter zu  
lösen ist, unbedeutend.

Nach der „Zemps“ vertritt nunmehr, die Frage  
wieder der französischen Verfassung und Möglichkeit ab-  
zuschwächen. Nach ihm handelt es sich nur darum,  
den europäischen Staaten die Möglichkeit eines föderalen  
Kontaktes bezüglich ihrer Interessen und die Möglichkeit  
gemeinsamer Entschlüsse zu geben. Es ist ein glühendes  
Zufammentreffen, das gleichzeitig mit diesen französischen  
Mißverständnissen der politische Sinn des  
französischen Memorandums von der nieder-  
ländischen Regierung unumkehrbar klar  
gezeigt wird.

Wirtschaftliche Kritik gegenüber geht der  
„Zemps“ von jenem Punkt aus, in dem gesagt wird,  
daß die freigelegten Staaten mit den Verträgen unzu-  
frieden seien. Der „Zemps“ fragt, ob Wallonien damit  
zum Ausdruck bringen wollte, daß der europäische Status  
dann garantiert werden könne, sobald die speziellen  
nationalen Wünsche befreit seien und was die be-  
freiten Staaten zu einem solchen Standpunkt fähig seien.

Wer zieht den Bahnstreck  
zurück?  
Saarregierung oder Völkerverbund?

Paris, 4. 7.  
Die Agentur Havas verbreitet folgende halboffizi-  
elle Erklärung:  
„Die Regierungskommission des Saargebietes wird am  
10. Juli zusammenzutreten, um festzustellen, ob es desire  
zuständig ist, die Zurücknahme des Bahnstreck-  
korps des Saargebietes zu beschließen, das dazu be-  
stimmt ist, die Verbindungen mit den Besatzungstruppen  
im Rheinland zu sichern, oder ob dieser Beschlufs vom  
Völkerverbund abhängt.“

Verständlicher V. Hoch hatte heute abend eine längere  
Unterredung mit Außenminister Briand, in der ver-  
schiedene schwebende außenpolitische Fragen zur Er-  
örterung kamen.

Hindenburg dankt den Saarländern

Anlässlich der 10. Jahresfeier des Bundes der  
Saarländer in Paris hat Reichspräsident v. Hin-  
denburg folgende Begrüßungsrede gehalten:  
„Dem Bunde der Saarverleihe sende ich zu seiner dies-  
jährigen 10. Tagung meine herzlichsten Grüße. Ich ver-  
binde mit ihnen meinen Dank für die sechsjährige  
treue Arbeit des Bundes im Interesse des Saar-  
gebietes. Möge die Tagung erneut den besten Beweis  
erbringen, daß das deutsche Volk sich mit seinen in vor-  
bildlicher Treue ausdauernden Brüdern und Schwestern von  
der Saar unauflöslich verbunden fühlt und mit ihnen  
in jeder Hinsicht den Kampf unerschrocken an dem die  
Zerrennung des Saargebietes von seinem Mutterlande ihr  
Ende erreichen wird.“